

Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

freigegeben am 10.02.2025, 11:00:14

Landtagsabgeordnete(r): Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAbg. Jochen Bocksrucker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag. (FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)

Regierungsmitglied(er): Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl, Landesrat Mag. Stefan Hermann, MBL, Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom

Zu Tagesordnungspunkt D2

Betreff:

Finanzielle Entlastung für Städte und Gemeinden

Die steirischen Städte und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen, bedingt durch die aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Steigende Energie- und Materialkosten, wachsende Sozialausgaben sowie stagnierende Einnahmen belasten die kommunalen Haushalte erheblich.

Diese angespannte finanzielle Lage wirkt sich nicht nur auf die Erfüllung kommunaler Aufgaben aus, sondern schwächt auch die regionale Wirtschaft. Als wichtige Auftraggeber und Investoren spielen die Kommunen eine zentrale Rolle, doch viele stehen bereits vor akuten Liquiditätsengpässen. In den kommenden Monaten droht sich diese Situation weiter zu verschärfen, wodurch der Handlungsspielraum der Gemeinden massiv eingeschränkt wird. Besonders in den Bereichen Bau, Dienstleistungen und Gewerbe haben Investitionsstopps und Projektverschiebungen unmittelbare negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen.

Vor diesem Hintergrund wäre eine vorübergehende Aussetzung der Landesumlage eine sinnvolle Maßnahme. Sie würde den Kommunen dringend benötigte finanzielle Spielräume verschaffen, um essenzielle Dienstleistungen uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig könnten die freigewordenen Mittel gezielt in regionale Investitionen, beispielsweise in den Ausbau von Kinderbildungs- und betreuungsplätzen, den Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen, Feuerwehrrüsthäusern oder die Verbesserung der Breitbandinfrastruktur fließen. Dies würde nicht nur die lokale Wirtschaft stärken, sondern auch Arbeitsplätze in den Regionen sichern.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

eine Gesetzesnovelle zu erarbeiten, die eine kurzfristige Befreiung der Städte und Gemeinden von der Entrichtung der Landesumlage vorsieht, und diese dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Unterschrift(en):

LTAbg. Jochen Bocksruker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)